



## **Niederschrift über die Bürgerversammlung zum Neubau der Realschule im Audimax der Hochschule - öffentlich -**

am 07.10.2009

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Anwesend sind

Podium:

Herr Oberbürgermeister Fettback  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer  
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Verwaltung:

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Frau Ludwig, Ordnungsamt  
Frau Stolz, Schriftführung  
Herr Walz, Gebäudemanagement

Gäste:

Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Funk  
Frau Stadträtin Goeth  
Frau Stadträtin Kapfer  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Zügel  
sowie ca. 50 - 60 Zuhörer

## TOP 1    **Bürgerversammlung zum Neubau der Realschule**

Der Rektor der Hochschule, Prof. Dr. Vogel, begrüßt als Hausherr die Anwesenden. Er ruft in Erinnerung, dass im Jahre 2006 das Land Baden-Württemberg ein Hochschulentwicklungsprogramm verabschiedet habe. Ziel sei es, den Standort Biberach zu festigen. Dazu müsse die Hochschule auf eine Größe von rund 2.000 Studierenden ausgebaut werden. Derzeit seien ca. 1.500 Studenten eingeschrieben. Bei den Überlegungen, wie die räumlichen Kapazitäten erweitert werden könnten, sei der Gedanke entstanden, die Räume der Dollinger-Realschule zu übernehmen.

OB Fettback bestätigt, dass es in den Überlegungen um die Bestandssicherung der Hochschule gegangen sei. Ziel sei, im Schuljahr 2012 die Dollinger-Realschule der Hochschule zu übergeben, da in Folge der Einführung des achtjährigen Abiturs ein doppelter Abiturjahrgang auf die Hochschulen zukäme. Dies führe nun dazu, dass Biberach eine neue Schule bauen „dürfe“. Im Gegensatz zu manch anderen Städten sei Biberach dazu finanziell in der Lage. Ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 30 Mio. € sei derzeit die Prognose. Biberach habe nun die historische Chance, die Schulentwicklung baulich voranzubringen. Im Zuge des Verkaufs der Dollinger-Realschule an das Land Baden-Württemberg bekomme die Stadt auch verschiedene Grundstücke im Stadtgebiet, die bisher im Eigentum des Landes stehen, in ihren Besitz. Daraus ergäben sich weitere städtebaulichen Möglichkeiten.

OB Fettback führt weiter aus, dass man die Schule nicht für heute, sondern für die Zukunft baue. Das Schulwesen werde in zehn oder zwanzig Jahren nicht mehr so sein wie es heute sei. Er nenne hier das Stichwort Inklusion. Seit März 2009 sei die UN-Konvention in geltendes deutsches Recht umgewandelt, die besage, dass Menschen mit Handicaps einen Anspruch darauf hätten, in normalen Schulen unterrichtet zu werden. Dieser Anspruch ergebe sich unmittelbar aus dem Grundgesetz, was auch durch ein Gericht bereits in den 90er Jahren bestätigt worden sei. Nun werde sich jedoch nicht der behinderte Mensch ändern, vielmehr müsse sich bei den Schulen etwas ändern.

Man baue hier nicht nur eine Schule, sondern müsse sie so planen, dass man gerüstet für die Zukunft sei. Die Stadt habe deshalb einen sehr offenen Prozess gestaltet. Es habe öffentliche Anhörungen gegeben und es seien mit den verschiedensten Institutionen und Einrichtungen deren Belange diskutiert worden. In einem relativ engen Zeitkorsett müssten nun Entscheidungen getroffen werden. Es gehe um das konkrete Raumprogramm und um die Gestaltung des Ganztagesbereiches. Man überlege, einen Teil des Angebotes der Bruno-Frey-Musikschule in der Schulmeile zu verorten, da einerseits das Pestalozzihaus dringend sanierungsbedürftig sei und es zum anderen Sinn mache, auch räumlich hin zu den Schülern, die ja die überwiegenden Nutzer der Musikschule seien, zu kommen. Diskutiert und entschieden werden müsse auch über den Bau einer Sporthalle, über deren Größe, über eine Kletterhalle, usw. sowie über eine evtl. Verlagerung der Pflugschule. Bewusst nicht integriert werden solle ein Jugendhaus, da man nachvollziehbar argumentiert habe, dass die Jugendlichen auch einen Bereich außerhalb der Schule bräuchten.

Den Termin der Bürgerversammlung, die ursprünglich im November terminiert gewesen sei, habe man vorgezogen, um vor der Entscheidung am 19. Oktober im Gemeinderat noch einmal den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu haben. Eine Information aus der nichtöffentlichen Vorberatung des Gemeinderates dürfe er trotzdem bekannt geben. Mit großer Mehrheit tendiere der Gemeinderat zum Standort Wilhelm-Leger-Hallenbad. Mit großer Wahrscheinlichkeit werde dieser Beschluss am 19. Oktober offiziell gefasst werden.

BM Kuhlmann berichtet, dass man sich intensiv mit den Vor- und Nachteilen der verschiedenen Standortalternativen befasst habe. Aus ursprünglich vier Standorten habe sich sehr schnell der Konsens herauskristallisiert, dass der Neubau der Realschule in der Schul- und Sportmeile angesiedelt werden solle.

BM Kuhlmann präsentiert den Standort Adenauerallee sowie den Standort Wilhelm-Leger-Hallenbad anhand von Modellfotos und listet die Vor- und Nachteile jeweils auf (siehe **Anlage** Power-Point-Präsentation).

Er betont, dass die Ausgangssituation bei beiden Standorten gleichwertig gewesen sei. Auch die Kostensituation stelle sich ähnlich dar. Je nachdem, welche Vor- und Nachteile man bei der Abwägung stärker gewichtet habe, sei das Pendel immer wieder zwischen der einen und der anderen Alternative hin- und hergeschwankt. Letztlich hätten jedoch die Vorteile beim Standort 2 überwogen, so dass dies der Verwaltungsvorschlag sei, dem der Gemeinderat vermutlich folgen werde.

EBM Wersch betont zu Beginn seines Vortrages, dass ganz egal wo und wie die Schule gebaut werde, der eingeschlagene Weg grundsätzlich richtig sei. Man steigere die Qualität des Bildungsangebotes und mache sich unabhängig davon, wie die schulpolitischen Entscheidungen in der Zukunft aussähen. Mit der Aufreihung von verschiedenen Schulgebäuden, Sportangeboten, Mensa, usw. bekomme man eine sympathische Schulmeile.

Ziel des Schulentwicklungsplanes sei die Analyse und Auswertung von schulischen, pädagogischen und demographischen Verläufen.

Sinkende Schülerzahlen seien zu erwarten. Gleichzeitig stehe die Hauptschule in einem Prozess der Auszehrung. Dies müsse durch die Realschule aufgefangen werden. Das Thema Inklusion sei bereits angesprochen worden. Hier müsse Schule neu gestaltet werden. Auch nehme die Betreuung der Schüler im Ganztagesbetrieb an Bedeutung zu.

Der Schulentwicklungsplan beinhalte somit die Entwicklung von Schülerzahlen, Einschulungsdaten und Übergängen. Er analysiere das vorhandene schulische Angebot und die Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Schülerströme in Stadt, Region und Landkreis. Es gebe Prognosen, mittelfristig zu den einzelnen Schularten sowie langfristig zur demographischen Tendenz.

Mit der Biberacher Schul- und Sportmeile bestünden örtliche Gegebenheiten, die Chancen für Synergieeffekte böten. Es entstehe ein räumliches Bildungszentrum für Realschule und Hauptschule. Das Land Baden-Württemberg anerkenne einen Bedarf von 6.700 qm Fläche für Schule und Ganztagesbetrieb. Dieses Flächenbudget werde in vollem Umfang bezuschusst, weshalb seine Botschaft laute, sich zunächst an dieses Budget zu halten. Die bauliche Lösung müsse aber erweiterungsfähig sein, da zu erwarten sei, dass die Schule trotz sinkender Schülerzahlen wachse. Durch die Herabsetzung des Klassenteilers bekomme man kleinere Klassen und dadurch Qualitätssteigerung.

Der Schulentwicklungsplan spreche Handlungsempfehlungen an den Schulträger aus. Das Ganztagesangebot solle demnach umfassend und gemeinsam organisiert werden, um die Kapazität der Kooperationspartner besser ausschöpfen zu können. Die Bündelung sei wirtschaftlich sinnvoll. Vorgeschlagen werde ein Solitärgebäude mit zentraler Mensa, wobei die Räumlichkeiten mehrfach nutzbar seien und einen großen Veranstaltungsraum böten. Das Angebot der Musikschule solle integriert werden, da ein Großteil der Nutzer sich im räumlichen Bildungszentrum

befänden. Zudem sei das Pestalozzihaus sanierungsbedürftig. Es sei sinnvoll, ein Koordinationsbüro für den Ganztagesbetrieb einzurichten sowie eine Mediothek, die für alle Schularten zugänglich sei. Lösungsvorschläge, wie diese Anforderungen baulich umgesetzt werden könnten, könne ein Architektenwettbewerb erbringen.

Der Bau einer neuen Sporthalle werde ebenfalls vorgeschlagen. Momentan sei man im Gespräch mit dem Landkreis, ob in der Schulmeile ein Sportstützpunkt entstehen könne. Rund 70% der Schüler stammten aus dem Umland, weshalb der Landkreis angesprochen sei.

In der Förderschuldiskussion seien mehrere Entwicklungen denkbar. Eine Verlagerung in die Schulmeile bedeute einen großen Eingriff in die bisherige Struktur. Eine Überlegung sei, die Altersstufen zu trennen. Die Primarstufe könne dann im bisherigen Gebäude der Pflugschule mit der Braith-Grundschule und der KITA zusammenarbeiten, während die Sekundarstufe in den Räumlichkeiten der Hochschule in der Memelstraße Platz finde. Eine andere Möglichkeit sei, die gesamte Pflugschule in die Memelstraße umzusiedeln. Sie könne dort als autonome Einheit funktionieren, aber gleichzeitig die Angebote aus dem Ganztageszentrum und der Sportmeile nutzen.

OB Fettback fasst zusammen, dass es offene Punkte gebe, z. B. wie die Sporthalle dimensioniert werde, was früh entschieden werden müsse. Bei anderen Dingen, wie die Frage der Kletterhalle, könne man sich noch etwas mehr Zeit lassen. Er merkt an, dass allein die Tatsache, dass 35 % der Realschüler falsch eingeschult werden, zeige, welche Dynamik vorhanden sei.

OB Fettback fordert die Zuhörer auf, sich zu Wort zu melden.

Ein Bürger ist der Meinung, dass der Standort Adenauerallee ungeeignet sei. Seine Tochter besuche das Pestalozzi-Gymnasium und bereits jetzt sei eine hohe Lärmbelastung gegeben. Die Wege und Plätze seien überbevölkert. Der Standort am alten Hallenbad sei geeigneter, da hier für die Realschule entsprechend große Flächen zur Verfügung stünden. Der weitere Weg zum Bahnhof sei kein Problem, da es den jungen Leuten nicht schade, mehr Bewegung zu haben.

Ein weiterer Bürger pflichtet dem bei. Der längere Schulweg sei zumutbar. Er freue sich über die Entwicklung und danke der Verwaltung dafür, dem Standort Wilhelm-Leger-Hallenbad den Vorzug zu geben.

OB Fettback merkt an, dass es nicht nur um mehr Bewegung für die Jugendlichen gehe, sondern vor allem um die Busanbindung. Es gebe Probleme, die Busse rechtzeitig zu erreichen, wenn der Schulweg länger sei.

Ein Zuhörer gibt zu bedenken, dass die Kinder mit Schulranzen von bis zu 10 kg belastet seien. Da sei ein längerer Schulweg nicht zuzumuten.

Herr Riotte, Elternvertreter an der Gaisental-Grundschule, lässt wissen, dass die Eltern den Standort Adenauerallee wegen der besseren Erreichbarkeit bevorzugen würden. Die Haltestelle Süd sei keine Alternative. Sie liege so weit abgelegen, dass man vor allem den jüngeren Schülern nicht zumuten könne, bei Dunkelheit dort hinzugehen. Vom Kernbereich der Schulmeile seien die Realschüler dann zu weit abgeschoben. Für die Kinder habe es auch einen sehr hohen Wert, in Hohlstunden oder in der Mittagspause in die Biberacher Altstadt zu gehen. Dies sei beim Standort Hallenbad aufgrund der weiten Entfernung nicht mehr möglich.

OB Fettback hält diese Argumentation für nachvollziehbar. Andererseits bilde der Ganztagesbereich als Solitär einen Brückenschlag zwischen den Schulen. So könnten sich die Schüler dort begegnen. Zum Bahnhof Süd sei es nur die halbe Wegstrecke wie zum ZOB.

Eine Dame, die sich als Anwohnerin der Wilhelm-Leger-Straße vorstellt, erkundigt sich nach dem Verkehrsaufkommen.

BM Kuhlmann antwortet, dass man Verkehrszählungen vornehme und Lösungsmöglichkeiten entwickle. Es werde sich auf jeden Fall etwas ändern. Eventuell werde man den Durchgangsverkehr herausnehmen und nur den Bussen die Durchfahrt gestatten.

Herr Denzel vertritt die Wohnungseigentümer der Adenauerallee 22 bis 26. Er zeigt sich erfreut, dass der Standort 2 beschlossen werden solle, da dies von seiner Interessensgruppe gewünscht werde und es dann keine Konflikte gebe. Er bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die sehr frühe Information und Anhörung.

Herr Marx, ehemaliger Leiter der Bruno-Frey-Musikschule, befürchtet, dass eine Teilverlagerung der Musikschule eine Qualitätsminderung bringe. Musik lebe vom Zusammenspiel und deshalb sei die Distanz von drei Kilometern hinderlich. Um Musik zu machen sei Konzentration und Stille wichtig, was aber im Ganztagesbereich nicht möglich wäre. Der Pestalozzisaal dagegen sei ideal dafür. Bruno Frey würde sich im Grabe umdrehen, wenn er von diesen Planungen hörte.

OB Fettback hält dagegen, dass die Verantwortlichen der Musikschule hier ganz anderer Meinung seien. Es gehe darum, die Kompetenzzentren an die Schule anzubinden. Dazu gehöre Musik und Sport und es sei sinnvoll, Räume gemeinsam zu nutzen. Man verlege zwar damit einen Teil der Musikschule weg vom Stammhaus, aber hin zu den Menschen.

Herr Dr. Riedlbauer bringt seine Verwunderung über die Ausführungen von Herrn Marx deutlich zum Ausdruck. Er sehe in dieser Option eine riesige Chance für die Musikschule. Das Pestalozzihaus sei dringendst sanierungsbedürftig. Man dürfe auch nicht vergessen, dass das Gebäude früher zu völlig anderen Zwecken errichtet worden sei. Man habe eine unbefriedigende Akustik. Wenn in den Unterrichtsräumen im Untergeschoss ein Cello gespielt werde, dringe der Schall durch die Wände und Decken. Der Pestalozzisaal selbst biete absolut nicht die Atmosphäre, um darin Kunst und Kultur zu leben. Selbstverständlich sei nicht beabsichtigt, Musik in der Mensa neben Geschirrgeklapper zu veranstalten. Es gehe darum, ein Mehrzweckgebäude zu konzipieren, in dem außerhalb des Mensabetriebes eine ansprechende Umgebung für Konzerte und Veranstaltungen geschaffen werde.

Herr Marx betont, dass er keine Interessen vertrete, sondern seine private Meinung sachlich begründet habe.

Eine Bewohnerin der Adenauerallee erkundigt sich, wohin der Skaterplatz komme. Die Stadtverwaltung möge bei ihren Überlegungen die Belange der Anwohner berücksichtigen.

BM Kuhlmann erklärt, dass der Skaterplatz nicht im Bereich der Adenauerallee gebaut werde. Aufgrund der Lärmentwicklung müsse dieser in einer bestimmten Entfernung zur Wohnbebauung liegen.

OB Fettback greift noch einmal das Stichwort Schülerbeförderung auf. Das Problem sei, dass die Buslinien und Fahrpläne nahezu ausgereizt seien. Die Einrichtung einer zusätzlichen Linie sei mit hohen jährlichen Kosten verbunden. Man sei im Gespräch mit dem Landkreis, der für die Schülerbeförderung der auswärtigen Kinder zuständig sei. Es werde auch geprüft, ob sich an den Unterrichtszeiten etwas ändern lasse.

Auf eine entsprechende Frage aus dem Publikum erklärt BM Kuhlmann, dass gegen den Beschluss des Gemeinderates innerhalb eines Monats Einspruch eingelegt werden könne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt OB Fettback die Bürgerversammlung mit der Bemerkung, dass man vor einigen Jahren im selben Raum eine Bürgerversammlung zum Thema Neubau Hallenbad abgehalten habe. Hätte man sich damals für die Sanierung des Wilhelm-Leger-Hallenbades entschieden, hätte man heute nicht mehr die Standortalternative zum Bau der Schulmeile.

Fettback  
Oberbürgermeister

Stolz  
Schriftführung